

Der Bürgermeister

Zossener Str. 21c • 15838 Am Mellensee

Gemeindevertretung Am Mellensee
Gemeindevertreter

Ortsteile:

Sperenberg, Klausdorf, Mellensee, Saalow,
Rehagen, Kummersdorf-Alexanderdorf,
Kummersdorf-Gut, Gadsdorf

Sachgebiet: Bürgermeister

Zimmer: 2.02

Bearbeiter:

E-Mail: buergermeister@mellensee.de

Telefon: (033703) 95910

Telefax: (033703) 95969

AKZ: GV_240220_TOP 20 - ÖT

Datum: 22.02.2024

Stellungnahme der Verwaltung

52. Sitzung der Gemeindevertretung am 20.02.2024 TOP 21

**Anfragen nach der 52. Sitzung der Gemeindevertretung am 20.02.2024 von der
Fraktion Die Linke vom 21.02.2024**

Frage:

Für die Schaffung einer bisher nicht in den Stellenbeschreibungen aufgenommenen Aufgabe, die nicht durch Aufgabenübertragung von Bund, Land oder durch Vertrag vom Landkreis entsteht, ist die Gemeindevertretung zuständig (§ 28 Abs.2 BbgKVerf). Ist die o.g. Aufgabenschaffung Teil der Umstrukturierungsmaßnahmen? Hier ist die Gemeindevertretung ebenfalls unter den Einschränkungen des § 61 zuständig. Die Schaffung neuer Bereiche oder vollkommene Umstellung von Arbeitsorganisation und -ablauf ist mit ihr zu beraten und unter Hinzuziehung der Personalvertretung zu entwickeln/umzusetzen

Antwort:

Die Organisation der Verwaltung ist das ausdrückliche Recht und liegt einzig in der Verantwortung des Hauptverwaltungsbeamten. Dazu zählt insbesondere die Gliederung, die Ausstattung mit Personal und Sachmitteln. Ferner – und ausdrücklich – gilt die Alleinzuständigkeit des Hauptverwaltungsbeamten für die Bestimmung der Aufgabenbereiche, die die Bediensteten wahrnehmen. Auch das Recht flexibler und fortwährender Änderungen (inklusive Entscheidungs- und Zeichnungsbefugnisse) liegt ausschließlich beim Hauptverwaltungsbeamten. In diesem Kontext regelt und bestimmt ebenfalls ausschließlich der Hauptverwaltungsbeamte den Organisations- und Verwaltungsgliederungsplan. Zur Organisationsbefugnis zählt daher ebenso der Personaleinsatz – also die jeweilige Verwendung mit Aufgabenzuschnitt (inklusive von Umsetzungen).

Die Befugnisse des Hauptverwaltungsbeamten hierbei sind im Rahmen der Novellierung der Kommunalverfassung noch einmal verdeutlicht worden. Der Vorbehalt des Hauptverwaltungsbeamten hierbei ist eindeutig. Damit wird vermieden, dass „die Vertretung über einen detaillierten Geschäftsverteilungsplan hineinregieren

Allgemeine Sprechzeiten:

Montag u. Mittwoch	keine Sprechzeiten - Termine nach Vereinbarung möglich
Dienstag	09.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 16.00 Uhr
Donnerstag	09.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 18.00 Uhr
Freitag	09.00 - 12.00 Uhr

Bankverbindung:

Mittelbrandenburgische
Sparkasse in Potsdam
IBAN: DE6416050003639020072
BIC: WELADED1PMB

darf; [...] dieses Recht gehört zu den unerziehbaren Rechten des Hauptverwaltungsbeamten.“

Der Vertretung sind gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf hierbei bewusst sehr begrenzte Regelungsbefugnisse eingeräumt. Diese beziehen sich daher lediglich auf allgemeine Grundsätze „Grundsatzkompetenz“, die die grundsätzliche Struktur beinhaltet, ohne dabei Einzelheiten aufzugreifen. Durch die Formulierung „allgemeine Grundsätze“ sind Entscheidungen zu Einzelpersonalmaßnahmen ausschließlich der Zuständigkeit des Hauptverwaltungsbeamten zugewiesen; Ausnahmen ergeben sich im Sinne der Hauptsatzung jedoch dann, wenn es sich um dem Bürgermeistermeister direkt unterstellte Führungskräfte handelt. Dies trifft hier ebenfalls nicht zu.

Die geplanten Änderungen betreffen eben keine Grundsatzfragen, sondern beschränken sich auf Einzelheiten, die unter der o.g. Regelungsbefugnis zu betrachten sind. Eine grundlegende bzw. wie in der Anfrage formuliert „vollkommende Umstellung der Arbeitsorganisation“ Änderung der Ämterstruktur erfolgt nicht.

Damit soll vor allem gewährleistet werden, dass die Erkenntnisse und Erfahrungswerte des Hauptverwaltungsbeamten maßgeblich sind und die Anpassungen darauf fußen. Es kann insofern von den Vertretern, die ihr Amt ehrenamtlich und nebenbei ausüben sowie der wesentlichen Prämisse, dass sie ausschließlich über die Außenperspektive verfügen, nicht erwartet werden, in solch komplexen innerdienstlichen Aspekten mitzuwirken.

Frage:

In einem Kraftakt hat die Gemeindevertretung in der Dezembersitzung 2022 mehrere zusätzliche Stellen, u.a. in der Bauverwaltung beschlossen. Die Anzahl für diesen Bereich war auf den Minimalbedarf reduziert. Wie kann dieser Bereich dann die (logisch nicht zwingend dazugehörend) Aufgabe der Verwaltung historischer Dokumente zusätzlich übernehmen? Ist diese Zusatzbelastung mit dem neuen (ab 01.03.24) Bauamtsleiter besprochen? Die Archivierung von Unterlagen ist eine sehr zeitaufwendige Tätigkeit, insbesondere in den Anfängen. Sind sich der betreffende Mitarbeiter, der Bauamtsleiter und der Bürgermeister dieser Zusatzbelastung bewusst?

Antwort:

Die benannten Risiken sind bekannt und wurden im Vorfeld geprüft. Eine Überlastung oder die Einschränkung der Bearbeitung von anderen wesentlichen Aufgaben sind daher nicht zu erwarten. Die Prozesse im Hause werden sukzessive umgestellt, um den vorhandenen Optimierungsbedarf auszuschöpfen.

Frage:

Wäre eine Zusammenarbeit/Absprache oder Übertragung an das Fachpersonal der Bibliothek denkbar oder sind diese Möglichkeiten im Vorfeld bereits geprüft worden und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Antwort:

Diese Option kann grundsätzlich in Frage kommen, jedoch ist vorgesehen, das Thema anzustoßen und eine begleitende Betrachtung vorzunehmen. Die Ergebnisse sind daher nicht vorwegzunehmen.

Frage:

Zu welchem Zeitpunkt soll die Gemeindevertretung in die Umstrukturierungspläne involviert werden und über die Grundsätze entscheiden? (4 Ämter oder 5 oder Aufweichung der festen Ämterstruktur?)

Antwort:

Eine grundlegende Änderung der Organisationsstruktur ist derzeit nicht vorgesehen. Sie ist zeitlich, räumlich und organisatorisch nicht umsetzbar. Wesentliche Änderungen sind nach den erforderlichen dabei zu berücksichtigenden hohen Qualitätsstandards nicht unter einem Jahr umsetzbar. Sollten sich ausreichend belastbare Indikatoren aus den Erfahrungswerten des Jahres 2024 ermitteln lassen, dass diese Option zu prüfen ist, so wird dies daher frühestens im Jahr 2025 erfolgen.

Frage:

Wo können/sollen die Dokumente sicher aufbewahrt werden? Die Räumlichkeiten, die der Gemeindeverwaltung zur Verfügung stehen, sind nach Kenntnisstand der Gemeindevertretung sehr begrenzt bzw. nicht geeignet.

Antwort:

Die Räumlichkeiten innerhalb des Verwaltungsgebäudes sind begrenzt, daher wurde im Rahmen des Arbeitspaketes 3 (Raumkonzeption) eine erste Analyse vorgenommen, die zum Ergebnis geführt hat, dass Optimierungsoptionen bestanden, die derzeit umgesetzt werden. In diesem Arbeitspaket wurde ebenfalls die Erkenntnis ermittelt, dass Potential oberhalb der Feuerwache Sperenberg besteht. Hier wird derzeit geprüft, welche Kosten und welche technischen Voraussetzungen vorliegen müssten, um dort Archivräume einzurichten. Eine Entscheidung - ohne belastbare Daten – wird nicht erfolgen. Insofern bleiben die Prüfergebnisse abzuwarten.

Frage:

Mit dem Eigentumsübergang der Dokumente und Unterlagen an die Gemeinde ergeben sich neben den oberen Fragen auch rechtliche, die im Vorfeld zu klären sind: Unter welchen Bedingungen darf wer mit welchem berechtigten Interesse welche Unterlagen einsehen? (Datenschutz)

Antwort:

Die Koordinierungsstelle versteht sich als „Angebot“. Insofern werden alle zur Verfügung gestellten Unterlagen freiwillig übergeben, dies beinhaltet einen entsprechenden Beleg.

Frage:

Es besteht, so diese Punkte im Vorfeld nicht geklärt oder zumindest eingeplant werden die Gefahr, dass eine neue Überbelastungssituation in absolut guter Absicht, aber geschaffen wird.

Antwort:

Siehe oben.

Frage:

Ein weiteres Thema, was immer noch bewegt, trotz mehrmaligem Hinweis auf die Beantragung der Förderung für die Wärmeplanung in den Kommunen mit Frist 31.12.2023 ist unter Hinweis auf den noch nicht vorhandenen Klimamanager keine Aktivität unseres Hauses zustande gekommen. Nunmehr gibt es, wenn auch geringer, aber weiterhin Förderungsmöglichkeiten. Soweit ich weiß, muss ein Antrag gestellt werden, der dann für die Bezahlung eines Wärmeplanungsbüros zu verwenden ist, also Geld gibt es für das Konzept, dass durch Fachkräfte erstellt wird, also unabhängig vom Klimamanager. Bitte schnellstmöglich prüfen. Dafür ist unsere Fördermittelstelle da.

Antwort:

Das Thema Wärmeplanung wird bereits grundlegend bearbeitet, d. h. die Verwaltung ist in den verschiedenen Gremien und Formaten vertreten und nimmt an entsprechenden Fortbildungen teil. Die konkrete Bearbeitung wird mit Dienstbeginn des neuen Bauamtsleiters im Sinne eine Sortierung und Prioritäteneinteilung folgen und steht zudem im direkten Zusammenhang mit der beschlossenen Stelle des Klimamanagers in der Gemeinde Am Mellensee.

Frage:

Ebenso sollten wir das gesamte Thema papierloser Sitzungsdienst, der in Zusammenhang mit der Geschäftsordnung, der Hauptsatzung, schlussendlich auch der Beteiligungssatzung usw. steht als Gesamtkomplex behandeln, wenn auch dem einen oder anderen die Scheibchenabarbeitung besser in den Kram passen könnte. Es handelt sich aber um zwingende, nicht voneinander loszulösende Teile eines Gesamtpuzzles, sonst haben wir wieder Flickenteppiche. Mit dazu gehört auch die Vorbereitung einer GO für ein KuJ-Parlament oder KuJ-Beirat. Grundsätzlich sollte die „erfahrene“ GV die Vorarbeit für eventuell einzuräumende Stimm- oder Antragsrechte leisten.

Antwort:

Die jüngsten Anpassungen seitens des Städte- und Gemeindebundes hinsichtlich der Novellierung der Kommunalverfassung wurden kürzlich in die Gremien gegeben. Es ist nach wie vor noch nicht abschließend beschlossen, wann und welche Einzelheiten die Novellierung mit sich bringt.

Einige Schwerpunktthemen sind jedoch bereits ersichtlich. Hiernach wird die Stellung der Ortsvorsteher sowie die Digitalisierung im Sitzungsdienst grundlegende Änderungen erfahren.

Es steht auch ohne diese Änderungen außer Zweifel, dass durch die jüngsten Erfahrungen, die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung novelliert werden sollten.

Von daher bietet es sich meiner Auffassung nach an, wie zuvor angeregt, das Wissen der „erfahrenen GV“ zu nutzen und der neuen Zusammensetzung kompakt zur Verfügung zu stellen.

Insofern wäre es sicherlich zielführend, wenn die bisherigen Mitglieder ihr Wissen, Erfahrungen, Anregungen und konkrete Vorschläge schriftlich formulieren und der Verwaltung zur Verfügung stellen. Von hier könnte eine Zusammenführung in übersichtlicher Form gewährleistet werden. Somit wären umfangreiche Vorarbeiten erfolgt, die dann durch die Verwaltung um die Punkte der Novellierung der Kommunalverfassung ergänzt werden.

Die erforderlichen Planungen und Vorbereitungen für das neue Ratsinformationssystem sind in Bearbeitung.

Zusatz:

Ferner darf ich zur Verdeutlichung darauf hinweisen, dass neue Themen (und Zuständigkeiten, die sich durch auch äußere Einflüsse ergeben), wie: Rufbushaltestellen, Kommunaler Wald, Statistiken, Netzwerkarbeit, Hitzeschutzplanung, Verwaltungsstab und Krisenmanagement uvm. wiederkehrend und fortschreitend in die Organisationsstruktur und Abläufe integriert werden müssen. Daher werden diese Prozesse - auch nach Fertigstellung des Geschäftsverteilungsplanes – weitere Anpassungen nach sich ziehen.

Mit freundlichen Grüßen

T. Krüger
Bürgermeister